

Fragen

für die Fragestunde der 89. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. Februar 2011

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Becker, Dirk (SPD)	30, 31	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 62
Beckmeyer, Uwe (SPD)	5	Kumpf, Ute (SPD)	12
Bollmann, Gerd (SPD)	59, 60	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	40, 41	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69
Bülow, Marco (SPD)	26, 27	Lischka, Burkhard (SPD)	9
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	46, 65	Lühmann, Kirsten (SPD)	16
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	50	Marks, Caren (SPD)	70, 71
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	28, 29
Friedrich, Peter (SPD)	57, 58	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	39	Dr. von Notz, Konstantin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44
Gottschalck, Ulrike (SPD)	11	Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Groß, Michael (SPD)	10	Pronold, Florian (SPD)	7
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	51, 52	Röspel, René (SPD)	35, 36
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	48, 49	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	37, 38
Hagemann, Klaus (SPD)	45, 54	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	13, 14
Herzog, Gustav (SPD)	8	Schwarzelühr-Sutter , Rita (SPD)	3, 4
Höger, Inge (DIE LINKE.)	42, 43	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	72, 73
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	55, 56	Stüber, Sabine (DIE LINKE.)	17, 18
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	53, 66
Juratovic, Josip (SPD)	15	Vogt, Ute (SPD)	25, 61
Kahrs, Johannes (SPD)	6		
Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	23, 24		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

1. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Höhe flossen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 Bundesmittel, die für den Straßenunterhalt vorgesehen waren, in den Neu- und Ausbau von Fernstraßen (aufgeschlüsselt nach Bundesländern)?

2. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Weise ist die Bundesregierung tätig geworden, wenn Bundesländer in diesen beiden Haushaltsjahren Erhaltungsmittel in Neu- und Ausbau-mittel umwidmen wollten, und wie gedenkt sie, künftig mit solchen Zielsetzungen der Länder umzugehen?

3. Abgeordnete
Rita Schwarzelühr-Sutter
(SPD) Wie hoch ist der Anteil der für die Refinanzierung von privat vorfinanzierten Projekten gebundenen Mittel in der Mittelplanung für Investitionen in Bundesfernstraßen im Land Baden-Württemberg für die Jahre 2010 bis 2013, und welchen Rang hat dieser Anteil im Vergleich zu den anderen Bundesländern?

4. Abgeordnete
Rita Schwarzelühr-Sutter
(SPD) In welchem Ausmaß verfügt das Land Baden-Württemberg über bestandskräftig planfestgestellte Projekte für den Ausbau von Bundesfernstraßen, und wie ist dieser Wert im Vergleich zu den anderen Bundesländern zu bewerten?

5. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD) Welche konkreten Konsequenzen werden aus Sicht der Bundesregierung die in dem Bericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) enthaltenen Handlungsempfehlungen für die WSV haben?

6. Abgeordneter
Johannes Kahrs
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die WSV aufzufordern, weitere Aufgaben über das jetzige Maß hinaus auszuschreiben und an Dritte abzugeben?

-
- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Florian
Pronold
(SPD) | Wird die Bundesregierung weitere Schritte unternehmen, um die WSV in eine Gewährleistungsverwaltung umzustrukturieren, wie dies in dem Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages vom 27. Oktober 2010 formuliert ist? |
| 8. Abgeordneter
Gustav
Herzog
(SPD) | Nach welchen Kriterien kategorisiert die Bundesregierung das Bundeswasserstraßennetz in Vorrang-, Haupt-, Ergänzungs-, Neben- und Randnetz? |
| 9. Abgeordneter
Burkhard
Lischka
(SPD) | Welche konkreten Schritte zur Erhebung streckenbezogener Nutzungsentgelte für die Bundeswasserstraßen und die seewärtigen Hafenzufahrten plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Diskussion um eine Reform der WSV? |
| 10. Abgeordneter
Michael
Groß
(SPD) | Arbeitet die Bundesregierung an einem Konzept zu einer reinen Nutzerfinanzierung für die deutschen Wasserstraßen, und wie sollen diese Maßnahmen im Detail umgesetzt werden? |
| 11. Abgeordnete
Ulrike
Gottschalck
(SPD) | Wie will die Bundesregierung dem Ziel gerecht werden, mehr Güter von der Straße auf den umweltfreundlichen Verkehrsträger Wasserstraße zu bringen, wenn sie diesem Bereich Finanzmittel entzieht und zudem große Teile der Infrastruktur aufgibt? |
| 12. Abgeordnete
Ute
Kumpf
(SPD) | Gehört der gesamte Ausbau der 27 Neckarschleusen zwischen Mannheim und Plochingen, wie er von der letzten Bundesregierung im Investitionsrahmenplan zugesichert wurde, zu den laufenden Investitionsprojekten, oder wird die Bundesregierung den Ausbau der Neckarschleusen südlich von Heilbronn aufgrund einer Zuteilung dieses Streckenabschnittes zum Ergänzungs- und Nebennetz aufgeben? |
| 13. Abgeordnete
Karin
Roth
(Esslingen)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung den mit der Landesregierung Baden-Württemberg geschlossenen Vertrag zur Neckar-Schleusenverlängerung von Mannheim bis Plochingen zu kündigen und dabei die bereits eingesetzten Personalkosten zu erstatten? |

14. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD) In welcher Höhe wurden bereits Ingenieurleistungen für den Neckarausbau vergeben, und in welcher Relation stehen diese zu den geplanten Gesamtinvestitionen von voraussichtlich 150 Mio. Euro?
15. Abgeordneter
Josip Juratovic
(SPD) Welche Auswirkungen hat die Verlängerung der Neckarschleusen von 110 Metern auf 135 Meter auf die Erhöhung der Güterkapazitäten und damit auf die mögliche Erhöhung von Tonnagevolumen und Containerverkehr?
16. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD) Wie beabsichtigt die Bundesregierung angesichts des Berichts des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Reform der WSV die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP festgelegten zusätzlichen Aufgaben für die WSV (Wassertourismus, Natur- und Umweltschutz, Hochwasserschutz) zu integrieren, insbesondere angesichts der Tatsache, dass diese Aufgaben zurzeit teilweise in Länder- bzw. kommunaler Zuständigkeit liegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

17. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.) Welches sind die Gründe dafür, dass es bisher noch keine bundesweite Vereinheitlichung der Hochwasserwarnstufen gibt?
18. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.) Was unternimmt die Bundesregierung, um bundesländerübergreifend die Standardisierung der verschiedenen Hochwasserwarnsysteme zu erreichen?

19. Abgeordneter
Dr. Hermann Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Rahmen (Zuständigkeit der Bundesministerien, Mitarbeit im „Transitional Committee“), und in welcher Form (Mittelhöhe und Verwendung) beteiligt sich Deutschland im Rahmen der multilateralen und bilateralen Klimapolitik am „Green Climate Fund“?
20. Abgeordneter
Dr. Hermann Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie verteilt sich die finanzielle Beteiligung auf die verschiedenen Bundesministerien, und welches Bundesministerium hat die Federführung?
21. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die wesentlichen Inhalte und Aussagen der Nachrüstliste, die die schleswig-holsteinische Atomaufsichtsbehörde dem BMU am 2. September 2010 übermittelt hat (bitte auch mit Angabe, auf welche der drei schleswig-holsteinischen Anlagen sie sich bezieht), und welche weiteren Informationen zum anlagenspezifischen Nachrüstbedarf wurden dem BMU von den fünf Landesatomaufsichtsbehörden im Zusammenhang mit der Bund-/Länder-Nachrüstliste für Atomkraftwerke seit dem 2. September 2010 noch übermittelt (ggf. bitte insbesondere mit Angabe des Datums und Umfangs der übermittelten Informationen)?
22. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es nach den Erkenntnissen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) korrekt, dass die bayerische Atomaufsichtsbehörde zunächst die Position vertrat, das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld (KKG) über das Jahr 2011 hinaus mit dem bestehenden Primärkreislaufbefund weiterlaufen lassen zu wollen (ggf. bitte mit Angabe, bis wann die bayerische Atomaufsicht diese Position vertrat), und ab wann hielt die bayerische Atomaufsicht nach den Erkenntnissen des BMU einen Austausch des vom Befund betroffenen KKG-Rohrsegments bzw. eine Verfügbarkeit des zu fertigenden Austauschrohrsegments ca. ab März/April 2011 für möglich?
23. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Ist es richtig, dass es zwischen dem bayerischen Umweltministerium und dem BMU zunächst zu einer unterschiedlichen Bewertung hinsichtlich des festgestellten Ultraschallbefundes bezüglich der Eindellung am Rohr im Primärkreislauf des KKG gekommen ist, und warum kam es gegebenenfalls zu einer unterschiedlichen Bewertung?

24. Abgeordnete
**Dr. Bärbel
Kofler**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung derzeit das Vorliegen von Rissen und Dellen an Rohren im Primärkreislauf eines Kernkraftwerks allgemein, und hat sich die Bewertung dieser Auffälligkeiten des BMU im Laufe der Monate geändert?
25. Abgeordnete
**Ute
Vogt**
(SPD)
- Was war der Anlass für das BMU im August 2010 bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einen Bericht zum Befund an der Volumenausgleichsleitung des KKG anzufordern, d. h. auf welche Weise erlangte das BMU Kenntnis davon, dass es Beschädigungen an dieser Komponente gegeben hatte?
26. Abgeordneter
**Marco
Bülow**
(SPD)
- Haben Mitarbeiter der zuständigen Fachabteilungen im BMU in den letzten zehn Jahren jemals Zweifel an der Qualität der Arbeit oder der Objektivität des TÜV Süd in irgendeiner Form schriftlich geäußert, und wenn ja, in welcher Form genau?
27. Abgeordneter
**Marco
Bülow**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung das betriebswirtschaftliche Interesse des TÜV Süd an einer möglichst langen Laufzeit der deutschen Atomkraftwerke ein, und kann die Bundesregierung definitiv ausschließen, dass betriebswirtschaftliche Interessen des TÜV Süd in irgendeiner Form die Arbeit des TÜV Süd bei der sicherheitstechnischen Überprüfung von kerntechnischen Anlagen bzw. bei der Bewertung von Überprüfungsergebnissen beeinflussen?
28. Abgeordneter
**Dr. Matthias
Miersch**
(SPD)
- Wie kann die Bundesregierung ausschließen, dass die Mitgliedschaft der drei Atomkraftwerksbetreiber E.ON, Vattenfall und EnBW im TÜV Süd e. V., der wiederum ca. drei Viertel der Aktienanteile an der TÜV Süd AG hält, zu möglichen Interessenkonflikten bei der sicherheitstechnischen Überprüfung von kerntechnischen Anlagen bzw. der folgenden Bewertung der Prüfergebnisse durch den TÜV Süd führt?
29. Abgeordneter
**Dr. Matthias
Miersch**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung jemals Kritik an der Qualität oder der Vorwurf der mangelnden Objektivität bei der Arbeit der sicherheitstechnischen Überprüfung von kerntechnischen Anlagen bzw. der folgenden Bewertung der Prüfergebnisse durch den TÜV Süd zu Ohren gekommen, und wenn ja, wie hat die Bundesregierung darauf reagiert?

30. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Dioxinbelastung und damit einer möglichen Gesundheitsschädlichkeit von Biodiesel vor?
31. Abgeordneter
**Dirk
Becker**
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Studien bekannt, die die Schadstoffbelastung mit Dioxin nach der Verbrennung in Kraftfahrzeugmotoren in der Luft und in den Böden untersuchen, und wenn ja, zu welchem Ergebnis führen diese?
32. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern besteht für die Bundesregierung in Anbetracht neuester Entwicklungen im sog. PCB-Skandal in Dortmund weiterhin keine Veranlassung, weitergehende Maßnahmen als die Unterrichtung der Behörden in Deutschland, in Europa und in Übersee über den aktuellen Stand der Ermittlungen durch das Regierungspräsidium Arnsberg zu ergreifen (siehe Antworten auf die Schriftlichen Fragen 135 bis 138 vom 9. Juli 2010 auf Bundestagsdrucksache 17/2537) – obwohl ein zur Gruppe der massiv PCB-Belasteten zählender, jahrzehntelang Beschäftigter der Firma ENVIO AG Ende Januar 2011 gestorben ist (siehe Westfälische Rundschau vom 29. Januar 2011) und obwohl die Kriminalpolizei Dortmund Zeugen im derzeitigen Ermittlungsverfahren einzeln Personenschutz angeboten haben soll (siehe DER WESTEN, Lokales, Dortmund vom 1. Februar 2011) –, und wie könnte die Bundesregierung aufgrund ihrer größeren Durchsetzungskraft im Vergleich zum Regierungspräsidium Arnsberg Letzteres dahingehend unterstützen, weltweit Behörden und in Frage kommende Geschäftspartner der Firma ENVIO AG über den Stand der hiesigen Ermittlungen unterrichten?
33. Abgeordneter
**Markus
Kurth**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wird die Firma ENVIO AG nach Ansicht der Bundesregierung der Verpflichtung aus der Stockholmer Konvention gerecht, wonach die Unterzeichner die besten verfügbaren Techniken und die besten Umweltschutzpraktiken einsetzen müssen, um PCB als eine der weltweit geächteten Stoffgruppen dauerhaft unschädlich zu machen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus ihrer Einschätzung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

34. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie im Detail (Bau-, Personal-, sonstige Betriebskosten usw.) schlüsseln sich die vom Vorstandsvorsitzenden des Forschungszentrums Jülich, Prof. Dr. Achim Bachem gegenüber dem Aachener Zeitungsverlag (siehe Pressemitteilung „Aktionsbündnis STOP Westcastor“ – ASW – vom 1. Februar 2011) genannten Kosten einer über 2013 für 30 Jahre hinausgehenden Zwischenlagerung der 152 Castoren mit hochradioaktiven Brennelementekugeln in Jülich (Zitat Prof. Dr. Achim Bachem: „40 Millionen kostet ein neues Gebäude. Und 180 Millionen würden wir weiter aufwenden müssen für Wachpersonal und alles, was an Sicherheitsvorkehrungen nötig ist.“) auf, und wie hoch sind zurzeit die jährlichen Betriebskosten des bis 2036 genehmigten Brennelementezwischenlagers Ahaus?
35. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung mit den Ländern eine Einigung für ein Konzept zur angekündigten „Akademie für die Lehre“ erzielt, und wenn nein, woran scheiterte bisher eine Einigung aus ihrer Sicht?
36. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung in den Verhandlungen vorgeschlagen, die „Akademie für die Lehre“ durch den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft betreuen zu lassen, und wenn ja, welche Überlegungen liegen diesem Vorschlag mit welchem Nutzen zu Grunde?
37. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Welche Ergebnisse hatte das Treffen der Steuerungsgruppe von Bund und Ländern am 28. Januar 2011 zur Frage der Umsetzung des Studienplatzmehrbedarfs im Hochschulpakt aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht?
38. Abgeordneter
**Dr. Ernst Dieter
Rossmann**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung zum Treffen der Steuerungsgruppe von Bund und Ländern am 28. Januar 2011 den Ländern ein Angebot zur Umsetzung der Finanzierung vorgelegt, und wenn ja, beinhaltet es eine Anpassung des Ausgabendeckels des Bundes im Hochschulpakt II oder die Anpassung der Vorauszahlungen an die Länder?

39. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
- Erwägt die Bundesregierung, die Gelder, die sie durch die Abschaffung von leistungsabhängigen Schuldennachlässen im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) gestrichen hat, so einzusetzen, dass die BAföG-Schulden für alle Betroffenen niedriger ausfallen und im Gegenzug der Zuschussanteil im BAföG erhöht wird, und wie begründet sie dies?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

40. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung getan, um die Befreiung des ab dem 8. Januar 2011 von den US-Streitkräften festgehaltenen Deutschen Haddid N. (siehe „Zugriff nach Mitternacht“, Süddeutsche Zeitung, 26. Januar 2011, S. 1) zu erwirken, und wie bewertet die Bundesregierung die Praxis der US-Streitkräfte, ausländische Staatsbürger zu verschleppen und ihnen konsularischen und Rechtsbeistand zu verweigern?
41. Abgeordnete
Christine Buchholz
(DIE LINKE.)
- Welche deutschen Stellen haben zu der Festnahme von Haddid N. (siehe „Zugriff nach Mitternacht“, Süddeutsche Zeitung, 26. Januar 2011, S. 1) beigetragen, und wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der US-Botschaft in Kabul, sie arbeite in dem Fall eng mit der Bundesregierung zusammen?
42. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den vermuteten Giftgaseinsatz der türkischen Armee gegen die kurdische PKK im Jahr 2009, und welche Folgen ergeben sich daraus für die Bewertung des Einsatzes und seine Einordnung in die menschenrechtliche Lage in der Türkei durch die Bundesregierung?
43. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Inhalte, Ziele und Ergebnisse hatten die Gespräche, zu denen laut Presseinformation (www.stern.de/news2/aktuell/deutschland-vermittelt-offenbar-in-regierungskrise-in-bosnien-1644642.html) die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Januar 2011 politische Führungspersonlichkeiten aus Bosnien-Herzegowina nach Berlin eingeladen hatte, und wer genau hat daran teilgenommen?

44. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, dass es Bestrebungen innerhalb des Auswärtigen Amts, dessen IT-Infrastruktur in der Vergangenheit mit großem Erfolg auf Freie Software und Offene Standards umgestellt wurde, gibt, die IT-Strategie zukünftig wieder auf proprietäre Software und nicht standardisierte Dateiformate umzustellen, und worin begründen sich, auch angesichts der positiven Erfahrungen die im Zuge der Umstellung der IT-Infrastruktur gemacht wurden, vor allem hinsichtlich einer erheblichen Reduzierung der anfallenden Kosten und einer verbesserten Sicherheit durch den Einsatz von freien Formaten, sowie der Tatsache, dass auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ausdrücklich zum Einsatz eben solcher rät, diese Überlegungen?
45. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung entsprechend den Ankündigungen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel laut „DER SPIEGEL“, 5/2011 („Agenda für Europa – Merkels Sofortprogramm“) auch die Beschäftigten der EU-Kommission, die laut Wissenschaftlichem Dienst des Deutschen Bundestages auf EU-Unterausschussdrucksache 91 im Durchschnitt mit 60,04 Jahren und einer durchschnittlichen Monatsrente von 5 628,40 Euro brutto in den Ruhestand gehen, in die geplante Anpassung des Renteneintrittsalters innerhalb der Europäischen Union mit einzubeziehen, und in welchem Rahmen – unter Angabe der entsprechenden Änderungsvorschläge – beabsichtigt die Bundesregierung die erforderliche Umgestaltung des Statuts der Beamten der Europäischen Gemeinschaften ggf. mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso zu erörtern?
46. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, dass das EU-Fischereiabkommen mit Marokko Ende Februar 2011 verlängert werden soll, obwohl die EU-Kommissarin für Fischerei das Fehlen von Menschenrechtsklauseln und eines Mehrwerts für die Sahrauis in der völkerrechtswidrig besetzten Westsahara im Rahmen des EU-Fischereiabkommens kritisierte (www.afrika.info/aktuell_detail.php?N_ID=1441&kp=aktuell), und durch welche Initiativen hat die Bundesregierung sich dafür eingesetzt, dass zumindest das Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko keine Gebiete vor der Küste der Westsahara einschließt?

47. Abgeordnete
**Kerstin
Müller
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie groß schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, dass die revolutionären Entwicklungen in Ägypten und anderen arabischen Ländern auch den Sudan erreichen, und hält die Bundesregierung es weiterhin für richtig, das autoritäre Regime al-Baschir für das friedliche Referendum über die Unabhängigkeit des Südsudan zu belohnen, wie es die USA angekündigt haben, obwohl das Beispiel in Tunesien und Ägypten gezeigt hat, dass dies der falsche Weg war?
48. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Was sagt die Bundesregierung zu den Vorwürfen deutscher Staatsbürger, die an der deutschen Schule in Alexandria unterrichten, in der Sendung „hart aber fair“ vom 2. Februar 2011, das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft hätten die Situation in Ägypten tagelang verharmlost und sie völlig im Stich gelassen bezüglich einer Unterstützung bei der Ausreise?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

49. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Gibt es zurzeit Beamte des Bundeskriminalamts in Ägypten, und existiert eine Zusammenarbeit zwischen der ägyptischen Regierung und der Bundesregierung im Bereich Beratung, Ausbildung und Ausstattungshilfe für die ägyptische Polizei oder militärische Ausbildungshilfe?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordneter
**Klaus
Ernst**
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich die Zahl der Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen seit 2005 bei bundesunmittelbaren, bundeseigenen und mehrheitlich in Bundeseigentum befindlichen Unternehmen und Einrichtungen entwickelt (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren sowie Ressortzuständigkeit)?

51. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung konkret unternommen, um die von ihr versprochene Befreiung der Inselflüge von der Luftverkehrsteuer in die Tat umzusetzen, und ab wann gilt die Steuerbefreiung (vgl. § 5 Nummer 5 und 7 des Luftverkehrsteuergesetzes)?
52. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
- Wie kompensiert die Bundesregierung den entstandenen wirtschaftlichen Schaden für die Inselflugunternehmen und die zuviel gezahlten Steuern der Reisenden durch die verspätet erteilte Befreiung von der Luftverkehrsteuer?
53. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten naturschutzrelevanten Optionen zur weiteren Verwendung des Geländes des ehemaligen Bombodroms in der Kyritz-Ruppiner Heide werden aktuell von der Bundesregierung geprüft, und wann wird eine Entscheidung dazu fallen?
54. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Wer hat jeweils im Einzelnen den Abschluss der von den Energiewerken Nord (EWN) GmbH in der Antwort auf die Kleine Anfrage 4 auf Bundestagsdrucksache 17/4009, Positionen 3, 4, 6 und 8 genannten Verträge für das Atommüll-Zwischenlager Nord genehmigt, und wie hoch sind jeweils die in den Jahren ab 2010 erzielten bzw. eingeplanten Gesamteinnahmen, die aus der Zwischenlagerung von radioaktiven Reststoffen privater Atomkraftwerksbetreiber erzielt werden bzw. erzielt werden sollen?
55. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Anstrengungen wird die Bundesregierung unternehmen, um das auch im Koalitionsvertrag verankerte Ziel der steuerlichen Gleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften zu verwirklichen, auch vor dem Hintergrund, dass nun bereits erste Gerichte (Niedersächsisches Finanzgericht, Beschluss vom 9. November 2010) den Ausschluss der eingetragenen Lebenspartner/-innen von der Anwendung der Regelungen über das Ehegattensplitting für verfassungswidrig erachten, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass es nicht zielführend ist, diese Frage durch die Gerichte klären zu lassen, um dann lediglich passiv auf diese Urteile zu reagieren?

56. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes über die Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen nach § 35a des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der zielgerichteten Wirkung für legale Beschäftigungsverhältnisse, Risikoprüfung durch die Finanzbehörden, Mitnahmeeffekte, und in welcher Höhe wurde die Steuerermäßigung in den Jahren 2004 bis 2008, basierend auf den Einkommensteuerstatistiken bzw. bisher vorliegenden Meldungen, im Durchschnitt gewährt (getrennt nach Grund- und Splittingtabelle)?
57. Abgeordneter
Peter Friedrich
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Sonderkonditionen privater Krankenversicherungen für bestimmte Gruppen wie beispielsweise die der Deutschen Krankenversicherung AG (DKV) für Mitglieder der FDP und deren Familienmitglieder und insbesondere die damit verbundene Aufnahmegarantie (siehe Süddeutsche Zeitung vom 21. Januar 2010, www.sueddeutsche.de/politik/liberale-und-krankenversicherung-die-rabatt-koenige-der-fdp-1.57348)?
58. Abgeordneter
Peter Friedrich
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis über weitere Gruppentarife privater Krankenversicherungen mit Sonderkonditionen, die in ähnlicher Weise wie der Gruppentarif der DKV für Mitglieder der FDP und deren Familienangehörige eine Aufnahmegarantie aussprechen, und sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, dagegen vorzugehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

59. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD)
- Wie sieht der Zeitrahmen für den aktuellen Carbon-Capture-and-Storage-Technologie (CCS)-Gesetzgebungsprozess aus, und bis wann muss dieser Prozess abgeschlossen sein, um die EU-Fördermittel für Pilotprojekte abrufen zu können?
60. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD)
- Wie werden in Zukunft die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Bundesministerien im CCS-Bereich geregelt sein?

61. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorgänge um das offenbar leckgeschlagene CCS-Speicherfeld in der kanadischen Provinz Saskatchewan im Hinblick auf die generelle Zuverlässigkeit und Zukunftsfähigkeit der CCS-Technologie?
62. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen des infolge eines längerfristigen Trends auf nunmehr über 100 US-Dollar pro Barrel Brent gestiegenen Ölpreises erwartet die Bundesregierung für Wirtschaft und Verbraucher, und inwiefern hält die Bundesregierung die in den Energieszenarien für das Energiekonzept zu Grunde gelegte Annahme eines realen Ölpreises von 110 US-Dollar je Barrel im Jahr 2030, 120 US-Dollar im Jahr 2040 und 130 US-Dollar im Jahr 2050 aufgrund der aktuellen Preisentwicklung noch für realistisch?
63. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Strategien hat die Bundesregierung für den Fall entwickelt, dass der Erdölpreis dieses Jahr die Marke von 150 US-Dollar je Barrel überschreiten würde, sowie für den Fall, dass in den nächsten Jahren die Marke von 200 US-Dollar je Barrel überschritten würde?
64. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche detaillierten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, welche industriepolitische Strategie die chinesische Regierung bei der Photovoltaik verfolgt, und welche Schlussfolgerungen leitet die Bundesregierung daraus für die eigene industriepolitische Strategie ab?
65. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Export von Polizeiausrüstung (Helme und andere Schutzkleidung, Schilder, Handschellen, Funkgeräte, Fahrzeuge, Waffen), so genannten weniger letalen Waffen, insbesondere Wasserwerfer, deren Komponenten und chemische Reizstoffe („Tränengas“ etc.) und IT-Technologie, die sich für die Überwachung des Internets und der Telekommunikation und deren Zensur eignet, nach Ägypten und Tunesien und deren Anwendung im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Protesten in beiden Staaten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

66. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Wann wird die Bundesregierung einen Entwurf zur Novellierung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorlegen, und wie wird dabei die Haltung von Mastkaninchen geregelt werden?
67. Abgeordneter
**Volker
Beck**
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche personenbezogenen Daten im Gutachten zur NS-Vergangenheit des Bundeslandwirtschaftsministeriums sind anders als die personenbezogenen Daten in der Studie zur NS-Vergangenheit des Auswärtigen Amtes schutzwürdiger, und warum kann dieser angeblichen Schutzwürdigkeit nicht auf anderem Wege (z. B. durch Schwärzung oder Anonymisierung) im Einzelfall Rechnung getragen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

68. Abgeordnete
**Monika
Lazar**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie wird die Bundesregierung auf die zahlreichen Proteste gegen die so genannte Extremismusklausel reagieren, nachdem an einem Aktionstag am 1. Februar 2011 hunderte von Initiativen, Vereinen, Politikerinnen und Politikern sowie Privatpersonen schriftlich eine Rücknahme der Klausel gefordert haben, unter anderem auch Sachsen-Anhalts Landesregierung?
69. Abgeordnete
**Monika
Lazar**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Erwartungen knüpft die Bundesregierung an die von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel geforderten freiwilligen Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft vor dem Hintergrund, dass die freiwillige „Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ aus dem Jahr 2001 bisher ohne Erfolg geblieben ist und die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, gesetzlich bindende Maßnahmen vorgeschlagen hat?

70. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Welche Höhe beträgt das Einsparvolumen insgesamt bei den Elterngeldleistungen aufgrund der Tatsache, dass (teilweise) im Ausland versteuerte Einkünfte seit Januar 2011 nicht mehr als Berechnungsgrundlage für das Elterngeld herangezogen werden, und wie viele Monate insgesamt entfallen bei laufender Zahlung an die Elterngeldbezieherinnen und -bezieher (bitte getrennt nach Geschlecht angeben und falls nur Schätzungen möglich, diese bitte angeben) auf 2011?
71. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Kürzungen im Zusammenhang mit dem Bundesprogrammlehrkraft, in dem Auslandslehrerinnen und -lehrer auch als Repräsentanten für die Bundesrepublik Deutschland verstanden werden müssen, und in welchen anderen Bundesprogrammen (bitte Auflistung) gibt es ebenfalls von der Gesetzesänderung betroffene Elterngeldbezieherinnen und -bezieher?
72. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung der in der Arbeitsgemeinschaft Conterganopfer-Aufbruch 2011 zusammengeschlossenen Conterganinitiativen sowie des Bundesverbandes Contergangeschädigter e. V. (siehe u. a. Pressemitteilung vom 30. September 2010), dass trotz des im Jahr 2009 beschlossenen Zweiten Conterganstiftungsänderungsgesetzes die gewährten Hilfen und Entschädigungen unzureichend sind und ein selbstbestimmtes und umfassende Teilhabe ermöglichendes Leben in Würde nicht möglich ist, und gibt es in diesem Zusammenhang Pläne zu Veränderungen im Jahr 2011?
73. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention aus der Kritik der Organisationen der Conterganopfer, dass im Stiftungsrat der Conterganstiftung (einer Stiftung mit Rechtsaufsicht durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) drei von fünf Stiftungsratsmitgliedern Regierungsvertreter und nur zwei gewählte Leistungsempfänger der Conterganstiftung sind, zwei freie Stiftungsratsplätze nicht besetzt werden und auch im Stiftungsvorstand die Betroffenen in der Minderheit sind?

